

anderem mit Bochum, mit Münster, mit Bonn, besprochen. Jetzt sitzt mit der Frau Ministerin die richtige Person neben Ihnen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Die ist ja da!)

Ohne dass Geld zur Verfügung gestellt wurde, wurden Master-Studienplätze von den Hochschulen abgefordert. Es sind viel zu wenige; das wissen wir. Aber ohne dass Sie Geld zur Verfügung stellen, haben Sie Versprechungen auf dem Rücken der Hochschulen gemacht. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, ist die Seriosität dieser Landesregierung. Das finden wir nicht in Ordnung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Mostofizadeh für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich frage der guten Ordnung halber, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall und bleibt auch beim Blick in die Runde so, sodass wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, nun am Ende der Aussprache zum Teilbereich b) Gesundheit sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/7985.

(Bodo Löttgen [CDU] hebt die Hand.)

Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten ...

(Heiterkeit von der CDU)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, es ist spät, und wir haben zwei anstrengende Parlamentstage hinter uns. Aber wir sind jetzt in der Abstimmung. Ich habe Zustimmung bei den Abgeordneten der Fraktion der AfD gesehen und herzliches Zuwinken und Begrüßungen bei anderen. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Enthaltung beim fraktionslosen Abgeordneten Neppe. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/7985** nicht angenommen, sondern **abgelehnt**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse zweitens abstimmen über den Einzelplan 11. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8011, den Einzelplan 11 unverändert anzunehmen, sodass ich nun über diesen Einzelplan abstimmen lasse und frage, wer ihm zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gegenstimmen? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Wie ange-

kündigt die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Damit stelle ich fest, dass der **Einzelplan 11 in zweiter Lesung angenommen** wurde.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Aber wir haben noch eine weitere Abstimmung durchzuführen, und zwar über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/7903**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dann nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen. Ich darf fragen, wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Damit ist die Überweisungsempfehlung angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8006

Wir sind beim ersten Teilbereich:

a) Kultur

Ich darf die Aussprache eröffnen. Das Wort hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Schultheis. Alle anderen bitte ich, etwas ruhiger zu sein.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich an die gestrige Debatte zum Kulturförderplan anschließen. Sie wissen, auch die Beratungen im Ausschuss für Kultur und Medien haben deutlich gemacht, dass die SPD-Fraktion die Stärkung der Haushaltsmittel für die Kulturförderung und auch die zugesagte verlässliche Weiterfinanzierung dieser Förderbereiche wirklich begrüßt und ausdrücklich würdigt. Der vorliegende Kulturhaushalt spiegelt dies auch wider.

Ich möchte an dieser Stelle allerdings einen Zusammenhang zum vorletzten Punkt, dem Einzelplan 08, herstellen. Als FDP und CDU regiert haben und der Kulturstaatssekretär Grosse-Brockhoff hieß, hatten wir schon einmal die Situation hier im Landtag, dass der Kulturhaushalt erheblich gewachsen ist, aber gleichzeitig die Belastungen der Kommunen gestiegen sind.

(Michael Hübner [SPD]: So ist es!)

Es gab hier also wirklich ein Ungleichgewicht, sodass es auf der einen Seite zwar sehr gut aussah, einen ordentlichen Kulturhaushalt zu haben, auf der anderen Seite aber eine Belastung der Kommunen stand.

Dieser Zusammenhang ist deshalb wichtig, weil die Kultureinrichtungen natürlich im Wesentlichen von den Städten und Gemeinden in unserem Land getragen werden. Insofern ist die Diskussion über den Alt-schuldenfonds durchaus in dem Kontext zu sehen, ob unsere Städte und Gemeinden in der Lage sind, die Kultureinrichtungen zu tragen, auch wenn das Land gleichzeitig den Kulturhaushalt erhöht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Michael Hübn-er [SPD]: Richtig!)

Nehmen Sie das bitte ernst. Das ist in der Tat ein Makel der Kulturpolitik von Schwarz-Gelb zwischen 2005 und 2010 gewesen. Wir wissen, dass die Konsolidierung der Kulturhaushalte der Kommunen hier ausschlaggebend ist.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Beratung des Kulturhaushalts im zuständigen Fachausschuss ist aufgefallen, dass die Kultur des Zusammenarbeitens ein Stück gestört ist. Die Anträge der SPD-Fraktion sind alle ohne große Debatte negativ abgestimmt worden, obwohl diese Anträge eine Vielzahl von Anregungen enthielten, die für die Weiterentwicklung der kulturpolitischen Position unseres Landes unbedingt erforderlich sind.

Wenn Sie sich die Äußerungen des Deutschen Kulturrates und des Landeskulturrates anschauen, dann ist es einfach wichtig, dass wir an den kulturpolitischen Positionen dieses Landes weiterarbeiten. Ob wir die Frage der interkulturellen Integration nehmen oder ob wir die Digitalisierung nehmen: Es sind übergeordnete Themen, die aus dem Kulturförderplan und auch aus dem Haushalt, dem dieser Plan unterliegt, nicht hervorgehen. Ich kann Sie nur für die SPD-Fraktion auffordern, dass wir in diese Diskussion einsteigen und hier auch konzeptionell an den kulturpolitischen Positionen unseres Landes weiterarbeiten.

Meine Damen und Herren, das können wir nur gemeinsam tun. Wir sind dennoch bereit, uns bei der Abstimmung über den Kulturhaushalt als Teilplan des Einzelplanes 06 zu enthalten. Bei der anschließenden Abstimmung über den gesamten Einzelplan 06 werden wir den Einzelplan natürlich ablehnen. Das ist ein Zeichen, dass wir sehr wohl würdigen, dass die Haushalte für die Kultur in den letzten Jahren erheblich angestiegen sind. Aber einen kulturpolitischen Diskurs erwarten wir in den nächsten Jahren. Wir werden dazu weiter Initiativen ergreifen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau* (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dieser fortgeschrittenen Stunde kann man schon sagen, dass die NRW-Koalition auch in diesem Jahr wieder mit Stolz feststellen kann, dass wir über den größten Kulturhaushalt in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen beraten. Das ist jetzt bereits das dritte Mal. Mit dem geplanten Zuwachs um 20 Millionen Euro in 2020 haben wir den Kulturhaushalt gegenüber dem Ansatz der Vorgängerregierung dann insgesamt bereits um 60 Millionen Euro gesteigert. Das ist ein wichtiger Baustein, um Kultur im Lande wieder sichtbar zu machen.

In den letzten beiden Jahren standen vor allem die Weiterentwicklung der Förderkonzepte für die kommunalen Theater und Orchester sowie die freie Szene und die Förderung von Kunst und Kultur im ländlichen Raum im Mittelpunkt der Stärkungsinitiativen. Diese wichtigen Bereiche werden auch im Haushalt 2020 fortgeschrieben. Weitere Bereiche werden zusätzlich einbezogen. Fortgeschrieben wird beispielsweise die Unterstützung der kommunalen Theater und Orchester, die in 2020 insgesamt 13 Millionen Euro von den 60 Millionen Euro Stärkungsmitteln bekommen werden. Ebenso werden die Mittel für die freie Szene um weitere 1,5 Millionen Euro ausgeweitet werden. Das Programm zur Entwicklung von „Dritten Orten“ war in 2019 so erfolgreich, dass es in 2020 um eine halbe Million Euro ausgeweitet wird.

Ich möchte jetzt an die Rede meines Vorredners anschließen. Wenn es um die Zukunft geht, ist es selbstverständlich, dass wir weitere Teile der Kultur diskutieren müssen und auch entsprechend weiterentwickeln. Uns unterscheidet von allen Vorgängerregierungen, dass wir Kultur eben nicht nur immer wieder von der politischen Seite diskutieren. Wir wollen auch vernünftige Förderkonzepte. Hier ist einer der Markkerne der Landesregierung, dass wir das Ganze partizipativ gestalten. Das heißt, der Dialog zwischen den einzelnen Teilnehmern der Sparten ist genauso wichtig wie die politische Diskussion hier im Hohen Hause. Ich glaube, dass sich das auch sehen lassen kann.

In den letzten zwölf Monaten sind die Gespräche weiter vorangeschritten. Wir haben es im Kulturausschuss ja auch in vielen Fällen bereits diskutiert. Wenn ich mir anschau, dass für das nächste Jahr mit dem Stärkungspaket „Kunst und Sammlungen“ insbesondere die Museen gestärkt werden, dann sind das wichtige weitere Bausteine, die notwendig sind.

Es geht nicht nur darum, Sammlungen neu zu präsentieren, neue Anschaffungen zu tätigen und den Museen damit die Möglichkeit zu geben, sich weiterzuentwickeln. Es betrifft auch das Thema „Forschung“. Es geht nicht nur um Provenienz-Forschung, sondern auch darum, dass man die teilweise in den Archivalien liegenden Sammlungen weitergehend untersucht und damit die Potenziale hebt. Das ist etwas, was sicherlich sehr wichtig ist. Hier gibt es weitere Ideen wie Forschungsvolontariate an Kunstmuseen in NRW. Das sind Programme, die bereits entwickelt sind. Ich glaube, dass das auch ein weiterer wichtiger Baustein ist.

Um die Kultur in NRW wieder richtig sichtbar zu machen, ist es vor allem das Thema „kulturelle Bildung“, das entsprechend weiter gefördert werden soll. Zu nennen sind hier insbesondere auch die Musikschulen. Hierfür stehen in 2020 anderthalb Millionen Euro zusätzlich bereit.

Hier geht es nicht nur um die Zahl der Festangestellten – das ist auch eine lang bestehende Forderung von ver.di, um die Kontinuität und damit auch die Qualität zu sichern –, sondern auch darum, weitere sinnvolle Weiterentwicklungen zu berücksichtigen und anzustoßen – egal ob es Themen wie Digitalisierung oder eine gezieltere Talentförderung sind.

Zum Abschluss noch der Hinweis auf einen weiteren wichtigen Glanzpunkt des Kulturjahres 2020: Das ist sicherlich das Beethoven-Jahr in Bonn, das mit 6 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt gefördert wird. Ich glaube, dass wir – nach dem glanzvollen Offenbach-Jahr, das sich jetzt dem Ende zuneigt – mit dem Beethoven-Jahr für die nationale und internationale Präsentation des Kulturstandorts Nordrhein-Westfalen einen ganz wichtigen Schritt nach vorne machen.

Wir haben – da möchte ich ebenfalls an der Rede des Vorredners anschließen – eine ganze Reihe von Themen, die noch abzarbeiten sind, egal ob es um die Literatur, die noch besser als Sparte der Kunst herausgearbeitet werden kann, oder um Archive und Bibliotheken geht, wo wir regulatorisch bereits einige Verbesserungen beschlossen haben. Ich glaube, dass auch hier noch einiges zu tun ist.

Das gleiche gilt für die Themen „Digitalisierung“ oder „Musicboard NRW“, mit dem wir die zeitgenössische Musik weiter voranbringen müssen. Ebenso zu nennen wäre hier das Thema Entbürokratisierung.

Ich glaube, dass das Ministerium hier eine gute Vorlage geliefert hat. Für die Kulturpolitik in unserem Land ist das ein weiterer wichtiger Meilenstein. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung für diesen Haushaltsentwurf. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Petelkau. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Keymis das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können das relativ kurz machen, weil der Kulturetat der wirklich einzig erfreuliche Lichtblick im gesamten Haushalt ist – nein, um Gottes willen, was sagen dann die Kollegen?

(Heiterkeit)

Er ist auf jeden Fall ein erfreulicher Lichtblick im Haushalt, weil der Haushalt 2020 hier einen weiteren Aufwuchs – wie von Ihnen vorher geplant – ausweist. Darüber freut sich auch die grüne Fraktion. Deshalb haben wir im Kulturausschuss auch für diesen Einzelteil des Haushalts gestimmt. Das Gesamtpaket werden wir natürlich ablehnen, weil wir als Oppositionsfraktion dem 06er-Haushalt genauso wenig zustimmen können wie all den anderen Haushalten – aus den gesammelten Gründen.

Der Kulturetat ist deshalb erfreulich, weil er in der Kontinuität steht, aufzuwachsen. NRW ist damit noch lange nicht an der Spitze der Bundesländer. Ich nehme zum Vergleich das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg. Die sind bei ungefähr 450 Millionen Euro Landesetat. Daran müssen wir noch arbeiten. Die machen Kultur auch etwas anders als wir. – Nicht grimmig gucken, Frau Ministerin. Ich weiß ja, das Land ist da stärker engagiert, zum Beispiel beim Staatstheater und ähnlichem. So etwas haben wir hier nicht; insofern verändert sich das von der Perspektive her.

Gleichwohl, was Kollege Schultheis angesprochen hat, hängt damit zusammen: Ein Staatstheater, das vom Land bezahlt wird, muss dann eben nicht von der Kommune bezahlt werden. Insofern ist der Druck in Stuttgart ein anderer als hier – unabhängig davon, dass die jetzt Sanierungsfragen diskutieren.

Ich will nur sagen, dass es erfreulich ist, dass wir eine Steigerung haben. Wir sind in all den Baustellen weiter unterwegs, die Rot-Grün in einer langen Phase der Konzeptionierung von Kulturpolitik angelegt hat. Deswegen muss ich etwas Wasser in diesem Wein gießen, lieber Herr Petelkau. Es ist natürlich nicht so, dass die Partizipation, die Teilhabe, die Diskussion mit den Kulturschaffenden unter Ihrer Ägide gerade erst begonnen hätte. Dafür ist die Ägide viel zu kurz.

(Bernd Petelkau [CDU]: Habe ich nicht gesagt!)

Nach zweieinhalb Jahren zu behaupten „Wir machen das jetzt“ – ja, aber wir haben das natürlich vorher auch schon gemacht. Wir waren immer im Gespräch mit der Szene, und wir, Rot und Grün, haben mit der

Szene zusammen unter anderem das Kulturfördergesetz entwickelt und all die Grundlagen gelegt, auf denen Sie, Gott sei Dank, jetzt kraftvoll aufbauen können. Das tut der Kultur im Lande auch gut.

Interessant ist, dass etwas entsteht, was immer entsteht, wenn man einen Garten gut pflegt. Dann wächst der auch besonders gut. Das ist etwas, was wir im Kulturbereich merken: Es gibt einen steigenden Bedarf; es gibt immer mehr Kreativität, es gibt neue Ideen, Szenen, die sich weiter entfalten wollen, womit auch der Bedarf an weiteren Mitteln wächst.

Es ist interessant, dass es in einem Land, in dem wir uns – auch hier im Parlament – über alles Mögliche den ganzen Tag streiten, immer noch einen Bedarf von vielen Menschen gibt, sich mit kulturellen Angeboten auseinanderzusetzen. Die Museen sind gut besucht; unsere Theater und Konzerthäuser sind durchweg sehr gut besucht. Wir haben eine enorm aktive freie Szene, die sehr viel Zuspruch erhält – natürlich in unterschiedlichen Varianten, aber immer so, dass man sagen kann: Es findet im Land ein enormes Angebot an kulturellen Veranstaltungen statt, von Ausstellungen über Museumsangebote bis hin zu freien Galerieangeboten usw.

All das wird von Menschen in unserem Land besucht. Die Leute interessieren sich für diese Kunst und Kulturdinge. Das ist ein Punkt, den man sich politisch merken muss, damit man auch künftig weiterhin kraftvoll in diese Etats hinein investiert. Denn natürlich hat die Investition in die Kultur immer auch einen gesellschaftspolitischen Aspekt. Ich muss jetzt nicht alles aufzählen, was hier auch schon genannt wurde, von der Integration über die Inklusion bis hin zu den Fragen, wie offen wir für andere Kulturen sind, und umgekehrt, wie wir unsere eigene Kultur gut kennenlernen.

Auch da gibt es immer mehr Nachholbedarf, denn bei aller Digitalisierung gehen offensichtlich die Inhalte etwas verloren. Viele Leute wissen gar nicht mehr, ob man Goethe noch mit „ö“ schreibt oder schon mit „oe“. – Da stutzt unsere Protokollation. Aber das ist nicht schlimm, Sie wissen wie ich es gemeint habe; ich sehe es Ihnen an.

Da muss man klar sagen, dass man hier gar nicht genug investieren kann, weil Investition in die Kultur letztlich auch Investition in Bildung ist. Wenn wir es in dem Zusammenhang sehen und dann gemeinsam auf dem Weg – so wie wir das in unserem Ausschuss über weite Strecken auch tun – diese Dinge sehr konsensual miteinander diskutieren und weiterentwickeln, dann, glaube ich, ist Nordrhein-Westfalen kulturpolitisch auf einem nach wie vor interessanten Weg.

Ich freue mich, dass wir das hier in dieser Debatte noch einmal so gemeinsam zum Ausdruck bringen konnten. Danke schön.

Wir werden also den Etat ablehnen, so wie wir das angekündigt haben,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Nein!)

aber wir wissen natürlich, dass der Kulturetat eine wohlige Ausnahme ist.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Keine Widerrede, Herr Hovenjürgen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Keymis, vielen Dank. – Herr Abgeordneter Deutsch, Sie haben das Wort für die Fraktion der FDP. Bitte sehr, lieber Kollege.

Lorenz Deutsch (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sofort mit einem Widerspruch anfangen, lieber Herr Keymis: Das ist bei Weitem nicht der einzige Lichtblick in diesem Haushaltsberatungen, aber ich würde doch sagen: zumindest ein besonders strahlender.

Ich möchte aber auch ein bisschen ernsthafter widersprechen. Sie haben so eine schöne Formulierung zur Beschreibung der sieben rot-grünen Jahre gewählt, das sei eine – wie hieß es – lange Phase der Konzeption gewesen. Das ist ein schöner Ausdruck dafür, dass in Sachen Steigerung von Kulturförderung leider nichts möglich war.

Das ist nur eine pekuniäre Betrachtung, können Sie jetzt einwenden. Aber wenn das eine lange Phase der Konzeption gewesen wäre, müssten eigentlich mehr Konzepte sozusagen umsetzungsbereit vorgelegen haben. So war das nicht, und ich möchte mal auf die Dinge eingehen, die Ihnen so wichtig sind.

In Sachen Diskurs und Konzept wird gesagt: Integration, Diversität. Wo ist das gewesen? – In Diversität haben wir die „zakk“ gehabt, getragen von einer Stiftung und einem städtischen Theater mit einem Zuschuss von Landesebene. Mit besonderem landespolitischem Konzept ist das nicht gesegnet gewesen. Wir müssen das jetzt neu aufstellen, nachdem die Stiftung weggeht.

Wir können das diskutieren: Entwicklung neuer Publikumschichten, Ansprachen. Wo sind die Konzepte in den Museen? – Wir fangen das jetzt an, wir haben entsprechende Anträge auf den Weg gebracht. Aber dass wir da auf lang erarbeitete Konzepte zurückgreifen könnten, so ist das nicht. Die werden jetzt Stück für Stück erarbeitet.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das macht gerade die Qualität dieser neu aufgebrochenen Kulturpolitik aus; das ist eine Seite. Wir machen eine Ermöglichung über Geld – 20 Millionen Euro jedes Jahr –, aber dann muss eben auch Stück für Stück darüber nachgedacht werden, was wir damit eigentlich Sinnvolles machen. Da muss man eben mit den Museen sprechen, da muss man mit den Theatern sprechen.

Zum Stichwort „Kommunen“, Herr Schultheis, das Sie angesprochen haben.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Da werden wir uns einig sein.

Wir werden dieses Problem nicht über den Kulturhaushalt lösen. Da können wir kleine Entlastungen organisieren angesichts der Probleme, die die Kommunen haben. Das tun wir.

Die Förderung von Theatern und Orchestern ist eine elementare Hilfe für diese kommunalen Einrichtungen. Das ist im Rahmen dessen, was in einem Kulturhaushalt möglich ist, ganz klare Hilfe für kommunale Einrichtungen.

(Karl Schultheis [SPD]: Deshalb gibt es den Zusammenhang mit 08! In 06 finden Sie das nicht geregelt!)

– Klar. Ja, sicher, das muss man schon woanders machen. Wenn wir über Altschulden von Kommunen reden, sind andere Kollegen gefragt, aber nicht der Einzelplan 06.

(Karl Schultheis [SPD]: Das habe ich auch nicht behauptet!)

Dann noch ein letzter Hinweis. Wir haben eine Reihe von Änderungsanträgen der SPD; die haben Sie auch angesprochen, Herr Schultheis. Herr Bialas hat gestern, als wir den Kulturförderplan besprochen haben, über den Begriff „Haltung“ gesprochen.

An der Art und Weise, wie wir mit den angewachsenen Mitteln umgehen, kann man eben auch eine Haltungsdifferenz erkennen. Die SPD sieht, dass jetzt mehr Geld da ist, und dann gibt es einen politischen Plan, der sozusagen diese Mittel vollständig ausschöpft.

Man kann das nachrechnen: Das ist genau die Menge, die in der Stärkungsinitiative ist, die jetzt auf Fraktionsüberlegungen basierend ausgegeben werden soll.

Genauso machen wir das nicht; das ist der Haltungsunterschied. Wir setzen finanziell diesen Rahmen, und wir möchten dann im geordneten Verfahren – organisiert vom Ministerium, in den Fachabteilungen und Referaten – mit den Akteuren in den jeweiligen Szenen Schritt für Schritt sinnvoll vorgehen. Das ist genau das umgekehrte Verfahren. Da wird dann tatsächlich ein Haltungsunterschied deutlich.

Ich glaube, die Kultur ist im Moment in guten Händen. Sie macht einen Aufbruch, sie hat einen Aufwuchs. Beides gehört zusammen. Dann werden wir am Ende der Legislatur sehen, wo wir damit hingekommen sind. Das ist dann sicherlich auch ein guter Weg, genauso weitermachen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Deutsch. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der AfD Frau Abgeordnete Walger-Demolsky das Wort.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dank des kürzlich verabschiedeten Bibliothekstärkungsgesetzes dürfen Bibliotheken nun auch sonntags öffnen.

Dieses Angebot steigert nicht nur die Attraktivität der öffentlichen Bibliotheken, es schafft auch neue Herausforderungen, die bewältigt werden müssen: zusätzliche Öffnungszeiten, die Ausstattung für automatische Ausleihen und auch zusätzlicher Personalbedarf müssen geschaffen werden.

In den ersten Städten mussten die Stadträte ihren Büchereien den Wunsch, möglichst bald die neuen Öffnungsmöglichkeiten auch zu nutzen, schon negativ bescheiden, denn das Geld für den zusätzlichen Personalbedarf kann nicht aufgebracht werden.

Der Verband der Bibliotheken und der Berufsverband Information Bibliothek haben Ihnen die Notwendigkeiten dargelegt. Ich kann das auch noch drastischer: Manche Bibliotheken pfeifen längst aus dem sprichwörtlich letzten Loch.

Der Bücherbestand ist veraltet, die Gebäude, teils aus den 70er-Jahren, sind innen und außen stark sanierungsbedürftig. Die Einrichtungen laden in den seltensten Fällen zu längerem Verweilen ein. Von den Beständen der digitalen Medien will ich gar nicht reden.

Und die Musikbibliotheken? – Für diese Abteilung fehlt offensichtlich eine Lobby, sie scheinen überhaupt aus jedem Fokus rausgefallen zu sein, denn die finanziellen Rahmenbedingungen der öffentlichen Musikbibliotheken sind vielerorts so desaströs, dass Bestände massiv reduziert oder sogar ganz aufgelöst werden.

Tatsächlich sind das eigentlich alles Aufgaben der Kommunen selbst. Dass das Land hier helfen muss, ist traurig.

Dass das Land nicht ausreichend hilft, ist für mich aber auch eindeutig. Daher gab es sowohl von der

SPD als auch von der AfD einen Antrag, den kommunalen Bibliotheken 3 Millionen Euro mehr zur Verfügung zu stellen, als Sie geplant haben.

Wir haben ganz pragmatisch natürlich dem Änderungsantrag der SPD zugestimmt, die SPD, sehr geehrte Damen und Herren, hat das nicht so mit dem Pragmatismus, wenn es um sinnvolle Anträge der AfD geht.

Einen weiteren Bedarf sehen wir bei den Museen. Für Nordrhein-Westfalen ist es von besonderer Bedeutung, die vorhandenen Museen zu Kulturorten mit niedrigschwelligem Zugang zu machen. Investitionen in Museen insbesondere im Bereich des Investitionsprogramms dürfen nicht gekürzt werden.

Im Haushaltsjahr 2019 waren bis zu 3 Millionen Euro für dieses Programm vorgesehen. Gemäß Haushaltsplan 2020 soll diese Finanzierung trotz anhaltender struktureller Erfordernisse gestrichen werden.

Viele Museen müssen nicht nur die Gebäude, sondern auch die Ausstellungs- und Lagerbereiche dringend sanieren und modernisieren. Wir haben auch daher für diesen Bereich 3 Millionen Euro mehr in den Haushalt einzustellen gefordert.

Dieses zusätzliche Geld stärkt die Museenlandschaft in Nordrhein-Westfalen bei der Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben. Das sind zusammen also 6 Millionen Euro mehr, als von Ihnen geplant.

Aber wer ausgeben will, muss entweder auch sagen, woher das Geld kommen, soll oder an anderer Stelle sparen. Genau dazu haben wir ebenfalls Vorschläge gemacht.

Den Aufwuchs in der Finanzierung der freien Szene halten wir für absolut überdimensioniert. Es sollte nicht Aufgabe des Landeshaushaltes sein, einen Wildwuchs vieler kleiner Projekte zu fördern.

Ebenso muss es nicht Aufgabe des Landeshaushaltes sein, Sonderprojekte für Migranten zu finanzieren. Die Teilhabe an Kultur, ob mitwirkend oder als Konsument, steht jedem offen. Daher ist es nicht erforderlich, für einzelne Gruppen ganz besondere Programme aufzulegen. Integration in Kultur heißt aus unserer Sicht Teilhabe am Angebot für alle und nicht besondere Angebote für wenige.

(Beifall von der AfD)

In diesen Bereichen schlagen wir daher Einsparungen in Höhe von 7,6 Millionen Euro vor. Somit könnten 1,5 Millionen Euro in die Rückzahlung der Schulden unseres Landes fließen – ein Beitrag für unsere Kinder und Enkelkinder.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Walger-Demolsky. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen das Wort.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Etat des Einzelplans 06 konnte weiter gestärkt werden. Insgesamt belaufen sich die vorgesehenen Gesamtausgaben des Einzelplans 06 für das Jahr 2020 auf rund 9,5 Milliarden Euro.

Während der gesamte Landeshaushalt einen Zuwachs von 2,5 % verzeichnet, steigt der Etat des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft in diesem Entwurf überproportional um 3,2 % und ist, wie schon in den Vorjahren, der zweitgrößte aller Ressorts der Landesregierung.

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich das Volumen um 292 Millionen Euro. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2017, dem letzten der vorherigen Landesregierung, haben sich die originären Landesmittel damit um fast 1 Milliarde Euro erhöht.

Für die Kultur sind für das kommende Jahr im Einzelplan rund 273 Millionen Euro vorgesehen. Der Kulturhaushalt ist damit der größte in der Geschichte des Landes. Die Kultur in Nordrhein-Westfalen erhält so eine echte und konsequent fortgesetzte Stärkung.

Konzeptionell getragen wird sie insbesondere von der Stärkungsinitiative Kultur, die wie zugesagt einen weiteren Aufwuchs um 20 Millionen Euro erfährt.

Die Stärkungsinitiative Kultur umfasst aufwachsend etwa die Förderung der kommunalen Theater und Orchester, wie wir gehört haben, aber auch die Stärkung der freien darstellenden Künste und der freien Musikszene sowie die Förderung von Kunst und Kultur im ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen.

Jeder Bereich wird zielgerichtet mit verschiedenen Programmen gestärkt, die sich an den Bedarfen der Kulturschaffenden und der Kulturinstitutionen ausrichten. Neben den programmatischen Förderungen umfasst die Stärkungsinitiative Kultur verschiedene Einzelmaßnahmen für Institutionen und Projekte des Landes.

In den Jahren 2018 und 2019 wurden so insbesondere die kommunalen Theater und Orchester auf der Basis gemeinsamer Fördervereinbarungen dauerhaft und verlässlich mit zusätzlichen Mitteln unterstützt.

Die für die Unterstützung bei den Betriebskosten dieser Einrichtung, also der Theater und Orchester, im Jahr 2020 aus der Stärkungsinitiative zusätzlich vorgesehenen Mittel wurden gegenüber 2019 wie angekündigt erneut erheblich gesteigert und betragen nun insgesamt 13 Millionen Euro.

Eine hohe Bedeutung für die Kultur in Nordrhein-Westfalen kommt auch der riesigen freien Szene zu. Die zusätzlichen Mittel für diesen Bereich mit ihren international profilierten Theater- und Tanzensembles werden um weitere 1,5 Millionen auf knapp 4,3 Millionen Euro angehoben.

Für die Entwicklung von Dritten Orten – ein weiteres, wirklich wesentliches Projekt – ist gemeinsam mit den bisherigen regionalen Fördermitteln rund eine halbe Million Euro eingeplant.

Auch in den folgenden Haushaltsjahren soll die Verlagerung der Mittel der Stärkungsinitiative in die Fachtitelgruppen fortgesetzt werden. Dafür ist es aber notwendig – auch das wurde hier schon mehrfach angesprochen –, im Dialog mit den beteiligten Akteuren gute und tragfähige Konzepte zu entwickeln. Erst wenn diese stehen, kann die Verwendung der Mittel konkret für einzelne Bereiche nachvollziehbar im Haushalt dargestellt werden. Wie das funktioniert, kann man auch jetzt schon im Entwurf ablesen.

An dieser Stelle möchte ich noch sagen, dass wir von Anfang an angekündigt haben, hier Schritt für Schritt vorzugehen. Ehrlich gesagt gab es strukturell einen ziemlichen Nachholbedarf. Ich danke den regierungstragenden Fraktionen sehr dafür, dass mir diese fachlich begründete Möglichkeit eingeräumt worden ist.

Entsprechend werden wir mit dem Haushaltsplan 2020 alle Förderprogramme und Einzelprojekte, die sowohl kulturfachlich als auch finanziell für die kommenden Jahre konzipiert sind, spartenbezogen veranschlagen.

In diesem Kontext ist vielleicht auch noch erwähnenswert: All diese Programme sind nachhaltig und dauerhaft angelegt. Es handelt sich somit nicht um wilde Projektitis, sondern um auf Dauer angelegte Förderungen.

In der Stärkungsinitiative für 2020 ist so unter anderem auch die schon angesprochene Stärkung der Museen vorgesehen. Die Kunstmuseen in Nordrhein-Westfalen – und das war eine Initiative, die ganz stark aus der Runde der über 40 Museen für bildende Kunst kam – werden mit dem Programm Forschungsvolontariat Kunstmuseen NRW gefördert. Im Mittelpunkt steht dabei die verstärkte Zusammenarbeit mit den kunsthistorischen Lehrstühlen des Landes.

Insgesamt werden wir mit rund 500.000 Euro 25 Volontariate jeweils für die Dauer von zwei Jahren fördern und damit ganz konkret die Sammlungen in den städtischen Museen nicht nur wieder auf Vordermann bringen, sondern sie auch nach modernen Gesichtspunkten auf der Grundlage dieser Forschung ausstellbar machen.

Weiterhin beinhaltet die Stärkungsinitiative Kultur eine Offensive zur Förderung der öffentlichen Musikschulen – ein ewig altes Thema, das jetzt unbedingt vorangebracht werden muss.

Im Jahr 2020 sind 1,5 Millionen Euro unter anderem zur Steigerung des Anteils der Festangestellten in den Musikschulen vorgesehen. Sie alle wissen sicher aus Ihren Kommunen, dass es Kommunen gibt, die keinen einzigen festangestellten Musiklehrer in ihren Reihen haben oder hauptsächlich mit Honorarkräften arbeiten. Das müssen wir schrittweise ändern.

Wir wollen damit die dauerhafte Sicherung der Qualität in den Musikschulen, die eine außerordentlich wichtige Aufgabe in den Kommunen erfüllen, unterstützen. Auch sollen damit den Musikschulen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung etwa in den Bereichen Talentförderung, Interkultur und Digitalisierung eröffnet werden.

Besonders hervorheben möchte ich zudem ein Projekt, dessen Förderung wir außerhalb der Stärkungsinitiative erfolgreich in der Ergänzungsvorlage absichern konnten: Für den Projektvorschlag „Entwicklung der neuen Künste Ruhr“ aus der Ruhr-Konferenz konnten dank eines ziemlich guten Konzeptes 1,5 Millionen Euro eingestellt werden. Auch das ist eine echte Stärkung der Kultur.

In der Künstler-Metropole Ruhr soll, angestoßen von dieser gezielten Förderung, ein Ökosystem der neuen Künste im Ruhrgebiet entstehen, das internationale Sichtbarkeit und Anziehungskraft für ganz Nordrhein-Westfalen schafft.

Neben all diesen einzelnen Projekten, größeren Programmen und Mittelaufwüchsen ist – das wird uns das nächste Jahr beschäftigen – das Thema der Entbürokratisierung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts in der Vorbereitung. Künstler und Kulturschaffende sollen neben der Förderung auch den nötigen Freiraum für ihre künstlerische Tätigkeit erhalten.

Es gilt, die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern – das verstehe ich auch unter Kulturpolitik –, indem wir notwendige Investitionen vorantreiben und konzeptionell überzeugende Projekte fördern.

Weitere Themen stehen an. Was Bibliotheken, Literatur, Archive angeht, so sind wir mitten in der Planung; das werden wir Stück für Stück in den nächsten Sitzungen des Kulturausschusses vorstellen.

Ich bitte um die Unterstützung dieses Parlaments für diese Vorhaben und die Vollendung dieser Arbeit, damit wir voranschreiten können. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 2 Minuten 46 Sekunden überzogen hat. Besteht seitens der Fraktionen noch der Wunsch nach Aussprache zum Kulturteil des Einzelplans 06? – Das ist nicht der Fall.

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Schluss der Aussprache zum Teil „a) Kultur“ und kommen zum Teil

b) Wissenschaft, Weiterbildung

Ich darf auch hier die Aussprache eröffnen und dem Abgeordneten Dietmar Bell für die Fraktion der SPD das Wort erteilen. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dietmar Bell^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wissenschaftspolitik ist aus meiner Sicht die Königsdisziplin in diesem Haus.

Warum? – Hier reden wir über die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Spitzenforschung in Grundlagen- und angewandter Wissenschaft ist der Eckpfeiler zukünftiger gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen in diesem Land.

Deshalb sollte, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Debatte über diesen Haushalt mit Leidenschaft, Ambition und Sachkompetenz geführt werden. – Nichts davon ist zu spüren.

Die Haushaltssteigerungen setzen den Hochschulvertrag der rot-grünen Landesregierung um, mit dem im Herbst 2016 die Grundfinanzierung der Hochschulen gestärkt und Preis- und Lohnsteigerungen ausgeglichen wurden und der eine Laufzeit bis 2021 hat. Das sind die von Ihnen, Frau Ministerin, avisierten Steigerungen für den Bereich der Hochschulen. Wo sind im Bereich der Wissenschaftspolitik Ihre eigenständigen Initiativen?

Wie das geht, zeigt aktuell der bayerische Ministerpräsident. In der „Süddeutschen Zeitung“ konnte man am 19.09. Folgendes lesen: Eine Milliarde für die Forschung. Ministerpräsident Markus Söder kündigt eine große Innovationsoffensive für Hochschulen an. – Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Söders Konzept, das er mit Wissenschaftsminister Bernd Sibler ausgearbeitet hat, basiert auf vier Säulen: der Förderung von Spitzentechnologie wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik und Quantenforschung, mehr Tempo bei Bau und Sanierung von Hochschulen, einer Hochschulreform zur Anwerbung neuer Spitzenkräfte sowie einer Mittelstandsoffensive. (...) Insgesamt sollen im Freistaat in den kommenden fünf Jahren 1.000 neue Professuren (...) entstehen.“

Das, sehr geehrte Frau Ministerin, werte Kolleginnen und Kollegen, ist der föderale Benchmark, den wir betrachten müssen: ein Ministerpräsident, der erkannt hat, dass Zukunft nur durch mutige Investitionen im Bereich Wissenschaft und Forschung gewonnen werden kann.

(Lorenz Deutsch [FDP]: SPD-Beispiele haben Sie dabei vergessen?)

In Nordrhein-Westfalen setzen wir uns dagegen mit spannenden Fragen wie der Abschaffung von Rahmenvorgaben oder Studiengebühren für ausländische Studierende auseinander.

Zweieinhalb Jahre hat diese Landesregierung benötigt, um den Irrweg des Koalitionsvertrags zu verlassen, der ja zu einer Verbesserung der Betreuungsrelation an den Hochschulen führen sollte. Gut Ding will eben auch im Bereich der Wissenschaftspolitik Weile haben.

Das Kernversprechen des Koalitionsvertrages an die Hochschulen und Studierenden, die Betreuungsrelation zu verbessern, wird aber nicht eingelöst. Wollen Sie die Studierenden und die Hochschulen mit dem Vorschlag aus dem neuen Pakt, für Studien und Lehre 50 Millionen Euro zusätzlich als Qualitätsverbesserungsmittel auszuweisen, veralbern und das als wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Betreuungsrelation bezeichnen?

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Sie bleiben aus unserer Sicht weiterhin den Nachweis schuldig, dass Ihnen das Thema „Wissenschaftspolitik“ wirklich am Herzen liegt und Priorität hat.

Ich hatte von Ihnen bereits vor einiger Zeit mehr Leidenschaft für dieses Thema gefordert. Sie haben mir damals geantwortet, dass ich das vielleicht gar nicht erleben möchte, wenn Sie Leidenschaft entwickeln.

Ich überwinde einfach meine Angst ob der Ankündigung und würde mich aufrichtig freuen, wenn ich mich nächstes Jahr in der Einschätzung korrigieren müsste.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich noch kurz einige Stichworte zum Thema „Weiterbildung und Landeszentrale für politische Bildung“ verlieren. Wir haben als Anträge unter dem Strich ein Demokratiepaket mit einem Volumen von fast 8 Millionen Euro geschnürt.

Wir haben diverse Änderungsanträge zum Haushalt eingereicht, unter anderem mit mehr Maßnahmen zur Demokratieförderung und zur politischen Bildung, zur Begründung eines gemeinsamen Aktionsbündnisses und um die Arbeit gegen Rechtsextremismus zu stärken, konkret das kommunale Förderprogramm NRWtoffen auszuweiten.

Lediglich bei der Stärkung der Arbeit der Antisemitismusbeauftragten scheinen Sie aktuell gesprächsbereit. Wir hoffen, da gemeinsam etwas voranbringen zu können.

Wir würden uns aber sehr freuen, wenn Sie bis zur dritten Lesung des Haushalts Ihre Meinung zu diesen Fragen noch einmal überdenken und unsere Anträge in diesen Fragen unterstützen würden, weil sie aus unserer Sicht eine hohe gesellschaftspolitische Relevanz haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Bell. – Jetzt spricht für die CDU Herr Kollege Dr. Nacke.

Dr. Stefan Nacke (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der zweiten Lesung des Haushaltes ist es wie im richtigen Leben: Das Beste kommt zum Schluss, also last but not least und zur vorgerückten Stunde: der Einzelplan 06 unter den Gesichtspunkten Wissenschaft und Weiterbildung.

Grundsätzlich können wir festhalten, dass sich das Volumen unseres Einzelplans wieder einmal überproportional gesteigert hat. Die NRW-Koalition zeigt den Stellenwert, den sie der Wissenschaft, der Weiterbildung, der politischen Bildung, der Kultur zumisst, indem sie unser Budget um fast 1 % mehr steigert als den Gesamthaushalt der Landesregierung. So verzeichnen wir ein neues Rekordniveau von 9,5 Milliarden Euro und reden weiterhin vom zweitgrößten Einzelplan aller Ressorts.

Die Hochschulen erhalten im Vergleich zum Vorjahr rund 161 Millionen Euro mehr, womit im Besonderen die Besoldungs- und Tarifsteigerungen abgedeckt werden können.

Das Land gibt weitreichende Zusagen für die Kofinanzierung der neuen Bund-Länder-Vereinbarung „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ und den Pakt für Forschung und Innovation. Damit erreichen wir ein neues Niveau der Planungssicherheit für unsere Hochschulen.

Der Aufbau der Hochschulmedizin Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld wird mit einer weiteren Erhöhung um 17,5 Millionen Euro unterstützt. Die Förderung der außeruniversitären Forschung erfährt einen Aufwuchs um rund 28 Millionen Euro.

Besonders freut mich, dass der Aufwuchs für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung um weitere 2 Millionen Euro auf nunmehr 4 Millionen Euro jährlich verdoppelt und damit die Dynamisierung dieser Mittel fortgeschrieben wird.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren der Opposition, Sie reden in letzter Zeit häufig von zu erkennenden Handschriften. Während ich mich, wenn ich an die Zeit Ihrer Regierungsverantwortung zurückdenke, nur an krakeliges Sütterlin erinnere, sehen unsere Buchstaben wie gedruckt aus.

Wenn Sie wissen wollen, wie wir Wissenschafts- und Weiterbildungspolitik betreiben, blicken Sie nur ins Gesetzblatt. Mit unserem Hochschulgesetz haben wir die Autonomie der Hochschulen wiederhergestellt. Wir reden wieder auf Augenhöhe miteinander.

Ein schönes Beispiel für unseren partnerschaftlichen Ansatz ist die Offensive für mehr Lehrkräfte, mit der es gemeinsam mit den Hochschulen gelungen ist, weitere 1.000 neue Studienplätze für so wichtige Bereiche des Grundschullehramts sowie der Sonder-, Pflege- und Sozialpädagogik zu schaffen.

In enger Zusammenarbeit mit den Landesrektorenkonferenzen der Universitäten und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben wir in kurzer Zeit beträchtliche Steigerungen der Studienplatzkapazitäten organisieren können.

Dass dies so rasch und umfassend geschehen sei, so die Vorsitzenden dieser Konferenzen in einer Pressemitteilung, resultiere nicht zuletzt aus der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Ministerium sowie der klaren Unterstützungszusage des Landes.

Als weiteres Beispiel für unseren kooperativen Ansatz nenne ich den breit angelegten Dialogprozess in Sachen Novellierung des Weiterbildungsgesetzes, bei dem in partnerschaftlicher Weise gleichermaßen das Ministerium kommuniziert wie auch im Landtag in guter Zusammenarbeit der Fraktionen unsere vielfältige und plurale Weiterbildungslandschaft zu Wort kommt und ernst genommen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zuhören, entscheiden, handeln – das ist unsere Handschrift, partnerschaftlich und auf Augenhöhe, ganz leicht zu erkennen.

Deswegen sind wir auch nach sorgfältiger Abwägung der zu erwartenden Einnahmen einerseits und der entstehenden Kosten andererseits zu dem Entschluss gekommen, dass wir keine Studiengebühren für Drittstaatenstudierende einführen werden.

Ich freue mich sehr über dieses Signal der Weltoffenheit für unsere Hochschulen. Ich freue mich auch, dass wir gleichzeitig zur Kompensation zusagen können, die sogenannten Qualitätsverbesserungsmittel ab 2021 um 51 Millionen Euro zu erhöhen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich kurz auf die gestrigen medialen Reaktionen unserer politischen Mitbewerber auf diese sorgsam abgewogene Entscheidung eingehen.

Zum einen hieß es zum Beispiel vom Kollegen Bolte-Richter, wir würden keine eigenen Mittel investieren, es handele sich um eine Mogelpackung und Haushaltstricks.

Das ist falsch. Die Kofinanzierung des ZSL sorgt dafür, dass zur Hälfte Landesgeld in diese geförderten Maßnahmen und Projekte einfließt.

Gleichzeitig wird im Verweis auf die von uns erstmals seit ihrer Einführung 2011 erhöhten Qualitätsverbesserungsmittel gesagt, sie müssten noch deutlicher gesteigert werden. Das ist allerdings eine wohlfeile Forderung, da Sie sich in den Jahren Ihrer Regierungsverantwortung stets aus einer Erhöhung der QVM herausgeredet haben.

So sieht das auch die Hochschullandschaft. Professor Baumann von den Hochschulen für angewandte Wissenschaften erklärt in der Pressemitteilung vom gestrigen Tage, dass er sich freue, dass das Land die Qualitätsverbesserungsmittel für die Hochschulen um mehr als 50 Millionen Euro erhöhe.

Dieses Geld komme durch die Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen unmittelbar den Studierenden an unseren Hochschulen zugute. Das war eine sehr gute Nachricht für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, so Baumann.

Während also die Opposition damit beschäftigt ist, von Luftschlössern, Schnapsideen und Mogelpackungen zu schwadronieren, machen wir ganz sachlich unsere Arbeit,

(Beifall von der CDU)

nämlich Politik mit den Menschen und für die Menschen in der Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Nacke. – Jetzt spricht Herr Bolte-Richter für Bündnis 90/Die Grünen.

Matthi Bolte-Richter^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gestern früh um 7 Uhr ging ein unrühmliches Kapitel der nordrhein-westfälischen Wissenschaftspolitik zu Ende.

Der Protest von Studierenden, Hochschulleitungen und Studierendenwerke hat gewirkt: Die Landesregierung beerdigt endlich ihre bürokratische Schnapsidee der Campusausländermaut.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie war von Anfang an ein fauler Formelkompromiss, wo sich erst die FDP, jetzt die CDU durchgesetzt hat. Es ist insgesamt gut, und wir begrüßen es sehr, dass

die Landesregierung jetzt endlich einen Rückzieher bei den Ausländerstudiengebühren macht.

Aber auf Schnapsidee folgt Mogelpackung. Die Ministerin sagt den Hochschulen 51 Millionen Euro aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre zu, also aus dem Nachfolgevertrag des Hochschulpakts.

Und was haben Sie versprochen? Jetzt muss man sich festhalten: 100 Millionen Euro. Was steht im Koalitionsvertrag? – 100 Millionen Euro. Was kommt jetzt? – 51 Millionen Euro. Da kann man ganz klar sagen: versprochen – gebrochen.

Und es kommt ja noch schlimmer; denn das Geld kommt nicht sofort, wie Sie es versprochen haben, sondern es kommt erst 2021, also auch noch weit später. Es ist also weniger, und es kommt später. Zu mehr ist schwarz-gelbe Wissenschaftspolitik offensichtlich nicht in der Lage.

Dann nehmen Sie noch nicht einmal eigene Mittel, sondern Sie nehmen sie aus dem Zukunftsvertrag. Und da sind, das haben wir im Ausschuss schon gesehen, die nächsten Haushaltstricks zu erwarten. Bei Ihrer Pressekonferenz zum Semesterauftakt gingen Sie davon aus, dass die Mittel aus dem ZSL genauso hoch sind wie im Hochschulpakt. In der Haushaltsberatung ging es um Mittel in ähnlicher Höhe. Jetzt sind es noch einmal 50 Millionen Euro, die anders verteilt werden. Wir sind gespannt, wie Sie das alles in allem noch verkaufen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Nacke, es ist doch einfach so – das muss man ganz eindeutig sehen –: Ihre Fraktion, die CDU, hat in der Opposition immer gefordert, die Qualitätsverbesserungsmittel zu dynamisieren. Was tun Sie? – Sie machen das nicht. Sie machen genau das nicht, und jetzt werfen Sie uns vor, dass Sie nicht umsetzen, was Sie selber gefordert haben. Es stimmt doch hinten und vorne nicht, was Sie da tun.

(Lorenz Deutsch [FDP]: Nein, das stimmt nicht!)

Wir brauchen diese Dynamisierung, damit wir die Mittel der gestiegenen Studierendenzahl anpassen können.

(Lorenz Deutsch [FDP]: Das haben Sie sieben Jahre lang nicht gemacht!)

Wenn Sie 2009 als Berechnungsgrundlage heranziehen, dann sehen Sie, dass die Anzahl der Studierenden um über 270.000 gestiegen ist. Das sind mehr als 54 %. Die Mittel müssten eigentlich noch stärker ansteigen, als Sie es ursprünglich versprochen haben. Dafür brechen Sie jetzt nicht nur Ihr Versprechen, sondern Sie machen das alles nicht. Sie brechen radikal Ihre eigenen Versprechen, und Sie scheitern an allem, was Sie in der Oppositionszeit formuliert haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Lorenz Deutsch [FDP]: Warum haben Sie das selbst nie gemacht?)

Diese Posse um die Ausländerstudiengebühren und die Pressemitteilungen aus der Koalition zu ihrem Ende sind doch ziemlich bizarr. Herr Dr. Nacke spricht bei dem Ende der Campusausländermaut von einem Signal der Weltoffenheit und deutet die Tatsache, dass Sie Ihren eigenen Koalitionsvertrag an dieser unsinnigen Stelle nicht umsetzen, als einen großen schwarz-gelben Erfolg.

Jetzt frage ich mich: Wie werden denn die Erfolgsmeldungen weitergehen? Wenn es demnächst in den Hörsaal hineinregnet, wird das wahrscheinlich ein Signal der Wetteroffenheit sein.

(Karl Schultheis [SPD]: Nein, der Segnung!)

Und wenn die Studierenden in den vergammelnden Wohnheimen in der Abstellkammer wohnen müssen, dann loben Sie wahrscheinlich auch noch die Komprimierungsoffenheit der nordrhein-westfälischen Studierenden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das alles sind die Hausaufgaben, die Sie nicht gemacht haben. Das sind die Hausaufgaben, die Sie machen müssten, wenn Sie den Wissenschaftsstandort voranbringen wollten.

Wohnheime werden in unserem Land geschlossen, weil der Sanierungsstau so groß ist. Die Studierendenwerke haben oft genug gesagt, dass das, was Sie liefern, nicht ausreicht, sondern dass sie echte Zuschüsse brauchen.

Die Studierendenwerke bekommen erneut keinen Zuschuss zu ihren allgemeinen Leistungen, obwohl sie mehrfach im Ausschuss und an jeder anderen Stelle klargemacht haben, dass diese Zuschüsse notwendig wären. Und wer bezahlt das am Ende des Tages? – Die Studierenden bezahlen es über höhere Sozialbeiträge. Es ist also auch noch zutiefst unsozial, was Sie hier machen.

Wie es dann beim Hochschulbau weitergehen wird, wenn das Hochschulkonsolidierungsprogramm ausläuft, weiß niemand – am wenigsten diese Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Schwarz-Gelb hat mit dem Studierendengängelungsgesetz gezeigt, dass Studierende und Hochschulbeschäftigte bei Ihnen keine Lobby haben. Das wird bei diesem Haushalt in Zahlen gegossen, und deshalb lehnen wir ihn mit voller Überzeugung ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Ralf Jäger [SPD]: Zugabe!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bolte-Richter. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Beihl.

Daniela Beihl (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die vergangenen zweieinhalb Jahre waren gute zweieinhalb Jahre für den Wissenschafts- und Hochschulstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

So wird es auch in Zukunft weitergehen. Auch im kommenden Haushaltsjahr spiegelt der Einzelplan 06 unsere Wertschätzung für die nordrhein-westfälische Wissenschaft wider.

(Ralf Jäger [SPD]: Gut abgelesen!)

So ist für den Einzelplan 06 ein Gesamtetat von 9,5 Milliarden Euro angesetzt. Das ist ein Rekord, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mit einem Anteil von 11 % am Globalhaushalt ist dies der zweitgrößte Einzelposten aller Ressorts. Die Steigerung ist mit 3,2 % überproportional. Wir investieren 292 Millionen Euro mehr in Wissenschaft, Forschung und Kultur – und das, ohne neue Schulden zu machen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Lorenz Deutsch [FDP]: Hört, hört!)

Als Ostwestfälin freut es mich besonders, dass ein Herzensthema der NRW-Koalition nun immer weiter Formen annimmt. Denn seit 2017 wird an der Gründung der medizinischen Fakultät in Bielefeld gearbeitet.

(Beifall von Lorenz Deutsch [FDP])

Die Investitionen für den Aufbau steigen 2020 von 6,5 Millionen Euro auf 24 Millionen Euro. Mit dieser Summe werden wir unter anderem mehr als 20 neue Stellen schaffen. Und mit dieser Verankerung der Ausbildung vor Ort werden wir die medizinische Versorgung in OWL nachhaltig verbessern.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ein weiterer Meilenstein war in diesem Jahr die Novellierung des Hochschulgesetzes. Damit haben wir als NRW-Koalition die Hochschulen wieder zu selbstbestimmten Partnern gemacht. Wir haben sie von unnötigen Regelungen und Vorschriften befreit, und wir haben ihnen Freiheit und Autonomie zurückgegeben.

Mehr Freiheit für unsere Hochschulen bedeutet für die NRW-Koalition auch, den Hochschulen mehr Ent-

scheidungsfreiheit in Sachen Hochschulbau zu geben. Mit der Einführung des Optionenmodells zur Übernahme der Bauherreneigenschaft wird einem wichtigen Ansinnen der Hochschulen Rechnung getragen. Es sind doch die Hochschulen vor Ort, die am besten wissen, welche Bedarfe sie haben. Man könnte zahlreiche weitere Maßnahmen anführen, die wir nun umsetzen.

Erfreulich ist auch: Immer mehr junge Menschen entscheiden sich nach der Schule für ein Studium. Knapp 775.000 Studierende sind es in diesem Wintersemester, 2009 waren es noch 484.000. Was für eine Veränderung in einer Dekade!

In den letzten Jahren war der Studienplatzausbau von zentraler Bedeutung, um der gesteigerten Nachfrage nachkommen zu können. Nun ist es aber wichtig, die Qualität von Studium und Lehre in den Blick zu nehmen. Dazu hat die Ministerin am Mittwoch bereits die Erhöhung der Qualitätsmittel verkündet: 51 Millionen Euro mehr. Damit passen wir die Qualitätsverbesserungsmittel endlich an die steigenden Studierendenzahlen an.

Und ja, Herr Bolte, ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt, aber Sie hatten jahrelang Zeit genug, diese Mittel zu erhöhen. Sie haben es aber nie getan.

(Beifall von der FDP – Lorenz Deutsch [FDP]:
Hört, hört! – Zuruf von Matthi Bolte-Richter
[GRÜNE])

Die Mittelverstärkung, der Ausbau der Studienqualität und die zweckmäßigen Stellenentfristungen sind ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Mit dieser erhöhten Planungssicherheit und dem Wissen, mit der NRW-Koalition einen Partner zu haben, auf den man sich verlassen kann, bin ich davon überzeugt, dass unsere Hochschulen noch besser werden.

Ein weiteres sehr wichtiges Vorhaben ist die Schaffung von 1.000 neuen Studienplätzen für das Grundschullehramt, Sonder-, Pflege- und Sozialpädagogik.

(Beifall von der FDP und der CDU)

So, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, begegnen wir dem Lehrermangel. Besonders freut es mich, dass wir auch im Bereich der Weiterbildung weiter am Ball bleiben. Die bereits in diesem Jahr begonnene Dynamisierung wird 2020 fortgeführt. Das bedeutet: Wir investieren auch 2020 wieder 2 %, also insgesamt 4 Millionen Euro mehr, in die Weiterbildung.

Ich möchte diesen Moment auch nutzen, um mich bei denen zu bedanken, die diese Zahlen täglich mit Leben füllen – bei den Hochschulleitungen, den Verwaltungsmitarbeitern, den Lehrenden, den Forschenden und den Studierenden, die unsere Hochschullandschaft zu dem machen, was sie ist: einmalig und leistungsstark –, und nicht zuletzt bei den zahlreichen

Weiterbildungsinstitutionen, die tagtäglich wichtige Arbeit leisten.

Meinen herzlichen Dank richte ich auch an Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium für die Aufstellung des Haushalts. Mit den jetzt auf den Weg gebrachten Vorhaben werden auch die kommenden zweieinhalb Jahre für die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Weiterbildungsinstitutionen NRWs zweieinhalb gute Jahre werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beihl. – Jetzt spricht Herr Seifen für die AfD-Fraktion.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Herzensanliegen der AfD gehört seit ihrer Gründung im Jahre 2013 der Einsatz dafür, die Qualität des Bildungssystems in Deutschland respektive in NRW wiederherzustellen. Deshalb freuen wir uns über jeden Euro, der für Wissenschaft und Bildung eingesetzt wird.

Aber wir benennen natürlich dann auch das Grundübel der Verwerfungen in unserem Bildungs- und Wissenschaftssystem. Das Volumen des Einzelplans 06 stellt sich auf den ersten Blick als beträchtlich dar. So schwelgt die Landesregierung im Erläuterungsband ganz glücklich im Superlativ – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Die gegenüber dem Gesamthaushalt (+ 2,5 %) überproportionale Steigerung unterstreicht die Bedeutung, welche die Landesregierung der Kultur, der Wissenschaft ... beimisst.“

Was die Wissenschaft angeht, stellt die Landesregierung den Hochschulen jährlich 5,6 Milliarden Euro, ohne die Hochschulmedizin, zur Verfügung. Davon entfallen mehr als 4 Milliarden Euro auf die Grundfinanzierung. Diese Zahlen sagen für sich alleine genommen jedoch erst einmal nur wenig aus. Sie gewinnen erst an Relevanz, setzt man sie in Relation zur Anzahl der Studenten und den Ausgaben, die andere Bundesländer für die Wissenschaft unternehmen.

Entsprechend ihren Vorgaben im Bildungsbereich haben wir seit Jahren einen massiven Zulauf von Studenten an unsere Hochschulen. Im Wintersemester 18/19 waren in Nordrhein-Westfalen 772.300 Studenten eingeschrieben, mittlerweile sind es 775.000.

Schauen wir uns an, was die Landesregierung an Mitteln zur Verfügung stellt, damit die Hochschulen diese große Anzahl an Studenten adäquat ausbilden können, so kommen wir zu dem Ergebnis, dass die durchschnittlichen Ausgaben pro Student in NRW

gerade einmal bei 7.284 Euro liegen. Das ist im Vergleich zu allen anderen 16 Bundesländern die geringste Summe, die in Deutschland aufgewendet wird. Das ist, leider Gottes, der letzte Platz.

Im Bundesdurchschnitt gab jedes einzelne Bundesland beinahe das Doppelte aus, exakt 13.300 Euro pro Student. So verwundert es auch nicht, dass NRW seit Jahren in der Betreuungsrelation von Studenten zu Universitätsprofessoren im Ländervergleich bei Weitem abgeschlagen den letzten Platz einnimmt. Während in Nordrhein-Westfalen 90 Studenten auf einen Professor kommen, liegt das Betreuungsverhältnis in Thüringen um die Hälfte besser, bei gerade einmal 45 Studenten pro Professor oder Professorin. So viel zum Thema gute Lehre – ein Problemfeld, das verschärft wird durch ein seit Jahren skandalöses Ausmaß an prekärer Beschäftigung an unseren Universitäten.

Wir haben bei über 90 % alle Mitarbeiter des wissenschaftlichen Mittelbaus nur mehr eine befristete Anstellung, in 42 % der Fälle sogar noch nicht einmal über ein Jahr hinaus. Wer wie Sie das System der Finanzierung universitärer Forschung immer mehr auf Drittmittel umstellt, dem scheinen die Arbeitsbedingungen der in der Wissenschaft Beschäftigten herzlich egal zu sein.

Hätten wir nicht eine strukturelle Unterfinanzierung der Universitäten, die in keinem anderen Bundesland so groß ist wie in NRW, dann wären die Universitäten und Lehrstühle weniger händeringend auf Drittmittel angewiesen und folglich auch wählerischer in ihrer Annahme, insbesondere von industrieller Seite, und bei den damit verbundenen Erwartungen.

Seien wir doch ehrlich, und machen Sie den Bürgern nichts vor: Für jeden Euro aus industriell-privatwirtschaftlichen Mitteln wird eine entsprechende Gegenleistung erwartet, in der Regel das gewünschte Testat eines angesehenen Wissenschaftlers. Das versteht sich von selbst.

Damit haben wir es mit einem Umstand zu tun, der fundamental und prinzipiell dem Grundsatz der Unabhängigkeit und Ergebnisoffenheit jeder wissenschaftlichen Forschung widerspricht. Hier wird deutlich, von wem die eigentliche Gefahr ausgeht, der die Wissenschaft in unserem Bundesland ausgesetzt ist.

Darüber hinaus, Frau Ministerin, haben Sie jetzt auch noch auf die Studiengebühren für Nichteuropäer verzichtet. Sie sind letztlich doch eingeknickt vor dem Druck, der von den rot-grünen Parteien ausgegangen ist. Das finde ich sehr schade.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stattdessen – ja, da kommt der Applaus von der Partei Die Grünen, das wissen wir – pflegen sämtliche Altparteien durch die Bank weg über die Jahre den unwissenschaftlichen Klimbim eines von oben verordneten Staatsfeminismus an den Universitäten

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

in Form der Genderforschung und räumen dem weiterhin bedeutsame Priorität ein –

(Zuruf von Norwich Rüste [GRÜNE])

– Herr Rüste, ich wollte Sie einfach nicht enttäuschen –, so auch im vorliegenden Haushaltsplan, indem Sie nicht müde werden, Hochschulen zur Förderung des Diversity Managements Mittel zuzuweisen.

Wir fordern hier ein Umsteuern der finanziellen Ausstattung. Deswegen können wir diesen Plan, leider Gottes, nicht annehmen. Wir lehnen ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Seifen. – Jetzt hat das Wort die Ministerin, Frau Pfeiffer-Poensgen.

Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Ja, das ist jetzt der letzte Beitrag. Bei so viel Leidenschaft meiner Vorredner mache ich es jetzt mal wieder ganz sachlich.

(Zurufe – Beifall von der CDU)

– Das ist langweilig, liegt mir aber mehr.

(Unruhe – Glocke)

Bildung ist einer der Schwerpunkte der Landesregierung im Etat des Jahres 2020. Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft hat daran mit Wissenschaft, kultureller und politischer Bildung sowie Weiterbildung einen gewichtigen Anteil.

Für die Hochschulen ist mit 5,6 Milliarden Euro der größte Teil dieses Etats vorgesehen. Davon fließen 4,2 Milliarden Euro in die Globalhaushalte der Hochschulen und werden von ihnen eigenverantwortlich verwendet. Autonomie und Gestaltungsmöglichkeiten der Hochschulen werden auch durch das neue Hochschulgesetz gestärkt, das nach Einbindung aller Beteiligten im Sommer verabschiedet wurde.

Für die, die es noch nicht mitbekommen haben, würde ich gerne darauf hinweisen, dass wir damit etwas geschaffen haben, wovon die Bayern gerade träumen – das ist Ihnen vielleicht entgangen –, und das sind die Strategien. Die Bayern träumen von einem erfolgreichen Abschneiden in der Exzellenzstrategie, das war da nämlich nicht so toll. Insofern können wir durchaus auf Augenhöhe miteinander umgehen. – Lieber Herr Bell, denken Sie sich doch mal ein neues Narrativ aus, langsam wird es langweilig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gemeinsam mit den Hochschulen und anderen Beteiligten hat die Landesregierung in der Ruhr-Konferenz zudem vier Projektvorschläge erarbeitet, für die über die Ergänzungs...

(Unruhe)

Herr Präsident, können Sie ein bisschen für Ruhe sorgen? Wenn sich alle wieder beruhigt haben, können wir weitermachen.

(Michael Hübner [SPD]: Das sind doch eure Leute!)

– Das ist mir völlig egal. Wir sind hier nicht in einer Karnevalssitzung.

Gemeinsam mit den Hochschulen

(Unruhe)

– ich hoffe, das geht nicht zulasten meiner Redezeit – und anderen Beteiligten hat die Landesregierung in der Ruhr-Konferenz zudem vier Projektvorschläge erarbeitet, für die über die Ergänzungsvorlage Mittel in Höhe von 11,9 Millionen Euro eingestellt werden. Sie sollen dabei helfen, Strukturen im Hochschulbereich weiterzuentwickeln und damit eine große Chance für das Ruhrgebiet zu entwickeln.

Ebenfalls im Rahmen einer Ergänzungsvorlage wurde die Grundlage für eine Studienplatzoffensive für die Lehrkräfte von morgen geschaffen. Die Landesregierung wird gemeinsam mit den Hochschulen insgesamt 1.000 zusätzliche Studienplätze

(Michael Hübner [SPD]: 1.000?)

für Grundschulen, Sonderpädagogik, Pflegepädagogik und Sozialpädagogik dauerhaft einrichten. Die Landesregierung leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels in NRW und sorgt so in einem gesellschaftlich höchst relevanten Berufsfeld für den dringend benötigten Nachwuchs.

Noch einige Worte zu den 51 Millionen Euro für die Qualitätsverbesserungsmittel: Sie, lieber Herr Bolte-Richter, hätten das alles längst machen können. Seit 2011 sind diese Mittel nicht erhöht worden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es war in der Zeit Ihrer Regierung, als 2013/2014 mit dem doppelten Abiturjahrgang der große Studentenansturm kam, und Sie haben einfach nichts gemacht. Auf diese Weise haben Sie die Pro-Kopf-Vergabe von Qualitätsverbesserungsmitteln einfach runtergehen lassen – egal.

Jetzt schreien Sie plötzlich, es müssten 137 Millionen Euro sein. Ich finde, Sie sollten sich mal über 51 Millionen Euro freuen. Das ist wenigstens ein Anfang.

Diese Mittel sind, wie Sie wissen, nicht kapazitätswirksam und daher sehr gut für die Betreuungsrelation.

(Matthi Bolte-Richter [GRÜNE]: Habe ich 100 Millionen versprochen, oder haben Sie 100 Millionen versprochen?)

Das nur, falls es noch nicht jeder verstanden hat. Es schien mir neulich so, als ob das in Ihren Köpfen nicht ganz klar ist.

Noch ein Wörtchen zu den Studierendenwerken: Auch hier haben wir bereits 2018 eine Zuschusserhöhung von 2,5 Millionen Euro umgesetzt. Für 2021 haben wir weitere 4 Millionen Euro vorgesehen. Das alles kann man in dem Haushaltsplanentwurf nachlesen.

Im Rahmen der Ergänzungsvorlage können wir zudem – und das ist für uns natürlich auch enorm wichtig – den Aufbau der neuen Medizinischen Fakultät OWL mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 47,5 Millionen Euro weiter voranbringen. Wir haben damit nicht nur die Betriebskosten, um den Personalbestand erheblich zu erhöhen, und zwar plangemäß, sondern auch die Sicherheit für den Aufbau und den Bau der notwendigen Räume für die Bielefelder Fakultät.

Dass wir mit der Entwicklung der Universitätsmedizin in NRW auf einem guten Weg sind – das darf an solch einem Abend auch einmal gesagt werden –, hat jüngst die Begutachtung der Hochschulmedizin in NRW durch den Wissenschaftsrat bestätigt.

Der Landesregierung ist es ein zentrales Anliegen, die Leistungsfähigkeit der Universitätskliniken zu erhalten und natürlich vor allen Dingen zu verbessern. Zur Sicherung der Rahmenbedingungen von Forschung und Lehre sind für die Universitätsmedizin im Haushalt daher insgesamt 70 Millionen Euro zusätzlich eingeplant.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ein Schwerpunkt liegt auch auf dem Ausbau der außeruniversitären Forschungsförderung. Die Ansätze steigen hier aufgrund verschiedener Investitionen um 28 Millionen Euro. Die neuesten Vorhaben werden der Aufbau des Max-Planck-Instituts für Cybersicherheit und Schutz der Privatsphäre in Bochum und des Fraunhofer-Instituts für Geothermie und Energieinfrastruktur sein.

(Unruhe – Josef Hovenjürgen [CDU]: Pst!)

Für das ab dem 1. Januar 2020 neu zu gründende Institut wurde mit der Ergänzungsvorlage jetzt die haushaltstechnische Voraussetzung zur Realisierung geschaffen. Das ist nicht so schlecht. Ich weiß nicht, wie viele außeruniversitäre Institute zu Ihrer Zeit gegründet worden sind. Ich glaube aber, die Zahl ist überschaubar.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Im Bereich der allgemeinen Weiterbildung setzt die Landesregierung ihren Kurs fort,

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Volkshochschulen und andere nach dem Weiterbildungsgesetz anerkannte Einrichtungen finanziell zu stärken. Die 2019 begonnene Dynamisierung der gesetzlichen Mittel – das war übrigens auch ein ziemlicher Quantensprung – soll 2020 fortgeführt werden. Für den erneuten jährlichen Zuwachs von 2 % sind insgesamt rund 4 Millionen Euro zusätzliche Mittel veranschlagt.

Auch inhaltlich haben wir auf dem Weg, das Weiterbildungsgesetz in dieser Legislaturperiode weiterzuentwickeln, einen wichtigen Schritt getan. Aus einem breiten Dialog mit der sehr pluralen Trägerlandschaft und den Einrichtungen ist ein Eckpunktepapier entstanden, das noch weitererörtert wird. Bis zum Frühjahr nächsten Jahres soll daraus ein Vorschlag für eine Änderung des Gesetzes erarbeitet werden.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat die wichtige Aufgabe, die demokratische Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land zu fördern, indem sie Bürgerinnen und Bürger zu demokratischem Engagement motiviert und demokratische Handlungskompetenzen fördert. Als Etat sind im Jahr 2020 insgesamt 24,3 Millionen Euro vorgesehen.

Vor dem Hintergrund der seit 2018 steigenden Zahlen rechtsextremer Straf- und Gewalttaten soll die Förderung der etablierten Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus und Rassismus gestärkt werden. Konkret geht es unter anderem um die Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt sowie das zivilgesellschaftliche Ausstiegsprojekt NinA NRW. Darüber hinaus befinden sich zurzeit zusätzliche Projekte im Bereich rassistischer bzw. antisemitismuskritischer Bildungsarbeit sowie Demokratiestärkung in Planung und Abstimmung.

Sie sehen, dass die Landesregierung mit zahlreichen Maßnahmen und gemeinsam mit den Beteiligten die Weiterentwicklung in den Bereichen Wissenschaft, Weiterbildung und politische Bildung sehr stark vorantreibt, und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, es sei denn, es würde noch das Wort gewünscht. Die Landesregierung hat ja Ihre Redezeit ein wenig überzogen. – Es meldet sich niemand mehr zu Wort.

Damit können wir dann zur Abstimmung kommen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8006, den Einzelplan 06 unverändert anzunehmen. Wer also stimmt dem Einzelplan 06 zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, AfD und Herr Neppe, fraktionslos, stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der **Einzelplan 06 in zweiter Lesung** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Jetzt haben wir noch zehn Abstimmungen vorzunehmen.

Nachzuholen ist die Abstimmung über den Einzelplan 20, zu dem wir bereits gestern die Aussprache durchgeführt haben, sowie über die dazugehörigen Änderungsanträge der Fraktion der AfD. Das sind die Drucksachen 17/7978 bis 17/7982.

Wir stimmen erstens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/7978**. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Die AfD-Fraktion und Herr Neppe, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Änderungsantrag mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/7979**. Wer stimmt dem zu? – Die AfD-Fraktion und Herr Neppe, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Der Rest des Parlaments stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit hat die Mehrheit des Hohen Hauses den Änderungsantrag **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/7980**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die AfD-Fraktion und Herr Neppe, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Wiederum die übrigen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehen wir nicht. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/7981**. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die AfD-Fraktion und Herr Neppe, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Der übrige Teil des Hohen Hauses. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Fünftens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/7982**. Wer stimmt dem zu? – Wiederum die AfD-Fraktion und Herr Neppe, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehen wir nicht. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.